

## Gesetzentwurf des Bundesrates

### Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung der Elektromobilität

#### A. Problem und Ziel

Die Markteinführung von Elektroautos ist ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und Schadstoffbelastungen. Die Bundesregierung hat sich deshalb zum Ziel gesetzt, bis 2020 eine Million Elektroautos auf Deutschlands Straßen zu bringen und Deutschland zum Leitmarkt für Elektromobilität zu machen.

Nach den aktuellen Zulassungszahlen des Kraftfahrt-Bundesamtes liegt die Erreichung dieser Ziele noch in weiter Ferne. Zum 1. Januar 2014 gab es rund 12.000 Elektroautos, davon 3.100 von privaten Haltern.

Über die bereits bestehenden bzw. im Elektromobilitätsgesetz (EmoG) vorgesehenen Vorteile für Elektroautos hinaus bedarf es weiterer steuerlicher Anreize, um diese Ziele zu erreichen.

#### B. Lösung

Eine Steuerbefreiung für das von Arbeitgebern gewährte kostenfreie oder verbilligte Aufladen privater Elektroautos setzt Anreize für die weitere Verbreitung der Elektromobilität in der Bevölkerung.

Eine Sonderabschreibung für Elektrofahrzeuge und Ladevorrichtungen im betrieblichen Bereich setzt für die Unternehmen steuerliche Anreize für entsprechende Investitionen.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

### C. Alternativen

Keine.

### D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

	Steuermindereinnahmen in Mio. Euro					
	Volle Jahreswirkung <sup>1)</sup>	Kassenjahre				
		2015	2016	2017	2018	2019
Bund	-43	-13	-42	-54	-47	-35
Länder	-42	-13	-42	-54	-46	-34
Gemeinden	-36	-10	-36	-47	-38	-26
Insgesamt	-120	-35	-120	-155	-130	-95

<sup>1)</sup> Wirkung für einen vollen (Veranlagungs-) Zeitraum von 12 Monaten

### E. Erfüllungsaufwand

#### E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Für die Bürgerinnen und Bürger ändert sich der Erfüllungsaufwand nicht.

#### E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Für die Wirtschaft ändert sich der Erfüllungsaufwand durch den Wegfall der bisherigen Besteuerung der geldwerten Vorteile aus dem Aufladen der Elektroautos von Arbeitnehmern. Im Rahmen der beabsichtigten Anreizwirkungen kann sich Erfüllungsaufwand durch die betriebsinterne Verwaltung der Ladeeinrichtungen ergeben.

#### E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Für die Verwaltung ändert sich der Erfüllungsaufwand im Rahmen lohnsteuerlicher Außenprüfungen.

## **F. Weitere Kosten**

Der Wirtschaft - einschließlich mittelständischer Unternehmen - entstehen keine direkten sonstigen Kosten.

Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**  
**DIE BUNDESKANZLERIN**

Berlin, 26. August 2015

An den  
Präsidenten des  
Deutschen Bundestages  
Herrn Prof. Dr. Norbert Lammert  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident,

hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 3 des Grundgesetzes den vom Bundesrat in seiner 935. Sitzung am 10. Juli 2015 beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung der  
Elektromobilität

mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu dem Gesetzentwurf ist in der als Anlage 2 beigefügten Stellungnahme dargelegt.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Angela Merkel

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*

## **Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung der Elektromobilität**

Vom ...

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

### **Artikel 1**

#### **Änderung des Einkommensteuergesetzes**

Das Einkommensteuergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 2009 (BGBl. I S. 3366, 3862), das zuletzt durch Artikel ... des Gesetzes vom ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach § 3 Nummer 45 wird folgende Nummer 46 eingefügt:

„46. zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn vom Arbeitgeber gewährte Vorteile für das elektrische Aufladen eines privaten Elektrofahrzeuges oder Hybridelektrofahrzeuges im Sinne des § 6 Absatz 1 Nummer 4 Satz 2;“

2. Nach § 7d wird folgender § 7e eingefügt:

„§ 7e

**Sonderabschreibung für Elektrofahrzeuge und Ladevorrichtungen**

(1) Für Wirtschaftsgüter nach Absatz 2 kann im Jahr der Anschaffung oder Herstellung eine Sonderabschreibung in Anspruch genommen werden. Die Sonderabschreibung beträgt bei Anschaffung oder Herstellung im Jahr

2015	50 Prozent,
2016	40 Prozent,
2017	30 Prozent und
2018 und 2019	20 Prozent

der Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

(2) Begünstigt sind folgende neue Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die nach dem 31. Dezember 2014 und vor dem 1. Januar 2020 angeschafft oder

hergestellt worden sind:

1. Elektrofahrzeuge oder Hybridelektrofahrzeuge im Sinne des § 6 Absatz 1 Nummer 4 Satz 2, sofern die Fahrzeuge Bevorrechtigungen gemäß §§ 3, 5 Absatz 2 Elektromobilitätsgesetz vom 5. Juni 2015 (BGBl. I S. 898) erhalten können und
  2. Vorrichtungen zum Aufladen solcher Fahrzeuge mit Strom.“
3. Dem § 52 Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:  
„§ 3 Nummer 46 ist für Vorteile anzuwenden, die in den Jahren 2015 bis 2019 zufließen.“

## **Artikel 2**

### **Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

## **Begründung:**

### **A. Allgemeiner Teil:**

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 eine Million Elektroautos auf Deutschlands Straßen zu bringen. Nach den aktuellen Zulassungszahlen des Kraftfahrt-Bundesamtes liegt die Erreichung dieses Ziels noch in weiter Ferne. So waren am 1. Januar 2014 12.156 Personenkraftwagen mit Elektroantrieb zugelassen. Der Anteil der privaten Halter von Elektrofahrzeugen liegt bei 25,5 Prozent, also etwa 3.100 Fahrzeugen. Auch bei den Zulassungen von Hybridfahrzeugen besteht Ausbaupotenzial.

Trotz der kraftfahrzeugsteuerlichen Befreiungsvorschriften für Elektroautos finden diese nur wenig Zuspruch bei den privaten Autofahrern. Dies liegt an den durch die Batteriesysteme vergleichsweise hohen Fahrzeugpreisen, aber auch an technischen Nachteilen gegenüber kraftstoffbetriebenen PKW wie z. B. der geringen Reichweite und der langen Aufladedauer. Elektroautos sind nur dort gut zu laden, wo sie möglichst lange stehen.

Dies ist neben der eigenen Garage zu Hause bei Arbeitnehmern auch die Arbeitsstätte. Das kostenlose oder verbilligte Aufladen im Betrieb des Arbeitgebers löst aber einen lohnsteuerpflichtigen Sachbezug aus, der ein weiteres Hemmnis für die Attraktivität von Elektroautos darstellt. Dem Arbeitgeber entsteht zudem bürokratischer Aufwand für die Ermittlung und Versteuerung der Sachbezüge. Zudem bestehen derzeit wenig Anreize für die Arbeitgeber, die entsprechenden Ladevorrichtungen zur Verfügung zu stellen.

All diese Nachteile hemmen das politische Ziel einer möglichst schnellen Verbreitung der Elektromobilität.

Der Gesetzentwurf beseitigt diese Hemmnisse, indem

- das kostenlose oder verbilligte Aufladen privater Elektro-Autos von Arbeitnehmern steuerfrei gestellt wird und
- betriebliche Investitionen in entsprechende Ladevorrichtungen und die Anschaffung betrieblicher Elektrofahrzeuge durch eine Sonderabschreibung im Anschaffungsjahr steuerlich gefördert wird.

## **B. Besonderer Teil:**

### **Zu Artikel 1 (Änderung des Einkommensteuergesetzes)**

#### Zu Nummer 1 (§ 3 Nummer 46)

Die im neuen § 3 Nummer 46 EStG geregelte Steuerbefreiung des geldwerten Vorteils aus dem Aufladen privater Elektroautos von Arbeitnehmern honoriert das umweltfreundliche Engagement der Besitzer von Elektrofahrzeugen und deren Arbeitgeber, die Aufladungen im Betrieb oder anderswo kostenfrei oder verbilligt ermöglichen. Dies ist ein weiterer Baustein zur Förderung der Elektromobilität.

Die vorgesehene Regelung fügt sich in den Katalog des § 3 EStG ein, der auch aus anderen Lenkungs- und Fördermotiven heraus bestimmte Arbeitgeberleistungen steuerfrei stellt (z. B. Kinderbetreuung in Nr. 33, gesundheitsfördernde Maßnahmen in Nr. 34, Vermögensbeteiligungen in Nr. 39, private Nutzung betrieblicher Datenverarbeitungs- und Telekommunikationsgeräte in Nr. 45).

#### Zu Nummer 2 (§ 7e – neu)

##### Zu Absatz 1

Betriebliche Investitionen in Elektrofahrzeuge und Ladevorrichtungen werden durch eine Sonderabschreibung im Jahr der Anschaffung oder Herstellung gefördert, die gemäß § 7a Absatz 4 EStG neben der linearen Absetzung für Abnutzung nach § 7 EStG in Anspruch genommen werden kann. Damit werden die Anschaffungs- oder Herstellungskosten bis zur Höhe von zwei Dritteln im Investitionsjahr gewinnmindernd berücksichtigt.

Die Höhe der Sonderabschreibung beträgt für Investitionen im Jahr 2015 50 Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Für Investitionen in den folgenden Jahren sinkt der Satz der Sonderabschreibung um jeweils 10 Prozentpunkte, beträgt jedoch mindestens 20 Prozent, vergleichbar der Sonderabschreibung nach § 7g Absatz 5 EStG. Diese Staffelung sorgt für erhöhte Investitionsanreize in den ersten Jahren.



#### Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt die begünstigungsfähigen Wirtschaftsgüter. Hierunter fallen reine Elektrofahrzeuge, Hybridelektrofahrzeuge, Range-Extender-Fahrzeuge, sowie Ladevorrichtungen hierfür. Die Wirtschaftsgüter müssen neu sein und zum Anlagevermögen gehören.

Elektrofahrzeuge sind Kraftfahrzeuge, die ausschließlich durch Elektromotoren angetrieben werden, die ganz oder überwiegend aus mechanischen oder elektrochemischen Energiespeichern gespeist werden. Brennstoffzellenfahrzeuge sind Elektrofahrzeuge. Hybridelektrofahrzeuge sind Kraftfahrzeuge i. S. von Artikel 3 Nummer 15 der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. September 2007 zur Schaffung eines Rahmens für die Genehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge (2007/46/EG vgl. ABl. L 263 vom 09.10.2007, S. 1). Die Regelung gilt für Elektrofahrzeuge und Hybridelektrofahrzeuge, deren mechanische oder elektrochemische Speicher extern aufladbar sind. Der Verweis auf das Elektromobilitätsgesetz dient der Klarstellung. Nur Fahrzeugbesitzer von Elektrofahrzeugen im Sinne der Definition des Elektromobilitätsgesetzes sollten gefördert werden.

#### Zu Nummer 3 (§ 52)

Im Interesse einer möglichst zeitnahen Anreizwirkung und unter Berücksichtigung subventionspolitischer Leitlinien wird die Steuerbefreiung entsprechend dem Förderzeitraum für die Sonderabschreibung auf die Jahre 2015 bis 2019 befristet.

#### **Zu Artikel 2 (Inkrafttreten)**

Die Änderungen treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Anlage

## Entschlie ßung

zum

Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung der Elektromobilität

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, wie der rechtliche Rahmen für eine deutlich stärkere Nutzung von Zweirädern mit Elektrounterstützung und mit Elektroantrieb auch in der betrieblichen Mobilität verbessert werden kann.

Im Interesse von Klimaschutz, Luftreinhaltung und nachhaltiger Mobilität verdient eine möglichst emissionsarme betriebliche Mobilität auch von Zweirädern mit Elektrounterstützung und mit Elektroantrieb noch stärkere Förderung als bisher.

So können etwa zusätzliche steuerliche Anreize für Unternehmen und Belegschaft, die über das bestehende sogenannte Dienstwagenprivileg hinausgehen, den Anteil der betrieblich bzw. beruflich auf Zweirädern mit Elektrounterstützung und Elektroantrieb zurückgelegten Wegstrecken deutlich erhöhen.

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*

## Stellungnahme der Bundesregierung

Die Bundesregierung äußert sich zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates wie folgt:

### Zum Gesetzentwurf (Anlage 1)

Die Bundesregierung spricht sich grundsätzlich für die Förderung von Elektromobilität aus. Die Unterstützung der Einführung und der zunehmenden Marktdurchdringung von Elektrofahrzeugen hat für die Bundesregierung eine hohe Bedeutung. Sie wird daher die Wirksamkeit der vorgeschlagenen aber auch anderer denkbarer Maßnahmen prüfen, um eine weitere positive Begleitung des Markthochlaufes zu erreichen.

Ziel ist es, Deutschland zum Leitmarkt und Leitanbieter für Elektromobilität zu machen. Da die Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehr insbesondere von der Marktdurchdringung elektrisch betriebener Fahrzeuge abhängt, hat die Bundesregierung ihre Unterstützung signalisiert, die Rahmenbedingungen für deren schnelle Markteinführung und das Erreichen des Ziels von 1 Mio. Elektrofahrzeuge im Jahr 2020 zu schaffen. Im Jahr 2015 ist Deutschland bereits in der Markthochlaufphase angelangt und bei der Entwicklung der Elektromobilität sichtlich auf einem guten Weg. Diesen Weg gilt es, aktiv weiter zu bestreiten. Die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen ist hierfür von großer Bedeutung, um vor allem auch in der Breite eine verstärkte Nachfrage nach Elektrofahrzeugen zu generieren.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf (BR-Drs. 114/15) schlägt der Bundesrat vor, betriebliche Investitionen in neue Elektrofahrzeuge sowie in neue Ladevorrichtungen durch Einführung einer steuerlichen Sonderabschreibung anzukurbeln. Anreize für eine möglichst schnelle Kaufentscheidung sollen mit der vorgesehenen degressiven Ausgestaltung (Anschaffung in 2015 50%, Anschaffung in 2019 20%) und der zeitlichen Befristung bis 2019 gesetzt werden. Auch die Fokussierung der Förderung auf neue Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens spricht für das Ziel, mehr Elektrofahrzeuge auf die Straße zu bringen. Ferner soll eine befristete Steuerbefreiung für die vom Arbeitgeber gewährten geldwerten Vorteile durch das Aufladen privater Elektrofahrzeuge der Arbeitnehmer eingeführt werden.

Die im Gesetzentwurf enthaltenen Maßnahmen bedürfen hinsichtlich ihres Wirkungsumfangs, ihrer Reichweite sowie ihrer technischen Ausgestaltung, wie auch weitere mögliche Maßnahmen, einer vertieften Prüfung durch die Bundesregierung. Dabei

sind neben den beihilferechtlichen auch die subventionspolitischen Rahmenbedingungen zu beachten.

Im Rahmen der weiteren Überlegungen wird auch zu berücksichtigen sein, dass die Bundesregierung in den letzten Jahren bereits erhebliche Mittel für die Forschungsförderung bereitgestellt und im steuerlichen Bereich Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität umgesetzt hat. Beispielsweise wurde ein Nachteilsausgleich für die Ermittlung des Entnahmewerts/geldwerten Vorteils von Elektrofahrzeugen eingeführt. Die private Nutzung eines betrieblichen Elektrofahrzeugs wird damit mit der privaten Nutzung eines herkömmlich angetriebenen Kraftfahrzeugs gleichgestellt. Auch die Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer stellt für die Halter entsprechender Kraftfahrzeuge eine finanzielle Entlastung dar und schafft Anreize für den Erwerb eben solcher Fahrzeuge. Diese steuerliche Förderung wurde in der Vergangenheit nochmals erweitert. So wurde die bis 2011 auf Personenkraftwagen mit reinem Elektroantrieb beschränkte fünfjährige Kraftfahrzeugsteuerbefreiung auf weitere elektrisch betriebene Fahrzeuge ausgedehnt und die Steuerbefreiung auf zehn Jahre bei Erstzulassungen zwischen dem 18. Mai 2011 und dem 31. Dezember 2015 und auf fünf Jahre bei Erstzulassung ab 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2020 festgeschrieben. Dabei wirkt diese Maßnahme für die private und gewerbliche Fahrzeugnutzung gleichermaßen. Positiv hervorzuheben ist bei diesen bereits umgesetzten Maßnahmen, dass sie sich in ihrer Reichweite nicht ausschließlich auf den betrieblichen Bereich beschränken und den Markthochlauf der Elektromobilität damit unterstützen können.

#### Zur EntschlieÙung (Anlage 2)

Die Bundesregierung wird im weiteren Gesetzgebungsverfahren prüfen, inwieweit der rechtliche Rahmen für eine deutlich stärkere Nutzung von Zweirädern mit Elektrounterstützung und mit Elektroantrieb auch in der betrieblichen Mobilität verbessert werden kann.